
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 7 (1979)

DOI: 10.11588/fr.1979.0.49874

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Opposition (Sinowjew, Trotzki) bestimmten sowohl die Politik des Leninbundes als auch seine Entfremdung von den Fragen der deutschen Arbeiterschaft.

Es gelingt Zimmermann, diese und weitere Probleme sichtbar zu machen. Er sieht in der Entwicklung des Linkskommunismus eine »Kette von Niederlagen«, die durch das »Erbe des Bolschewismus« bestimmt war.

Die Bewertungen Zimmermanns sind gut belegt und schlüssig; auch dort, wo man ihnen nicht zustimmt, regen sie zur Diskussion an. Fehler sind ihm nicht unterlaufen, lediglich die personelle Einschätzung der »Versöhner« (einer eher rechts »angesiedelten KPD-Gruppierung«) ist nicht korrekt.³ Über die Beschreibung des Leninbundes hinaus behandelt der Autor auch theoretische Probleme des Marxismus, macht wichtige Aussagen über die KPD selbst und skizziert auch andere Gruppierungen, etwa den deutschen Trotzkismus. Soweit es bei der sehr schwierigen Materiallage möglich war, untersuchte er auch Fragen der sozialen und altersmäßigen Zusammensetzung der Mitglieder des Leninbundes und des Wählerreservoirs. Die gelungene Arbeit von Zimmermann zeigt so insgesamt, daß es möglich ist, anhand einer kleinen ideologischen Strömung und deren Verfestigung zu einer Organisation bei genügender Beachtung des gesamten politischen Umfeldes Aussagen zu machen, die weit über die Zustandsbeschreibung einer Sekte hinausgehen. Zimmermann hat dazu beigetragen, politische Probleme der äußersten Linken durchsichtiger zu machen.

Hermann WEBER, Mannheim

Ulrich SCHÜREN, *Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf (Droste) 1978, 327 S. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 64).*

Diese überarbeitete Fassung einer von Eberhard Kolb betreuten Würzburger Dissertation ist einem Problem gewidmet, das in der westdeutschen Forschung bisher nur wenig Beachtung gefunden hat. Bei dem verfassungsrechtlich und politisch bedeutsamen Streit um das Vermögen der ehemals regierenden deutschen Landesherren, der 1926 trotz Locarno und Völkerbundsbeitritt über Monate hinweg die Weimarer Innenpolitik beherrschte, handelte es sich, wie U. Schüren betont, um eine »Spätfolge der halbherzigen Revolution von 1918« (S. 14). Der Rat der Volksbeauftragten war aus juristischen und politischen Gründen einer klaren Entscheidung ausgewichen, und auch in der Nationalversammlung und im ersten Reichstag fand sich keine Mehrheit für eine gesetzliche Regelung. So mußten die Länder aus eigener Kraft versuchen, die aus dem Absolutismus überkommene und durch die Entwicklung zum modernen Nationalstaat keineswegs völlig beseitigte Verflechtung von privaten und öffentlich-

³ Dazu jetzt Rosa MEYER-LEVINÉ, *Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920–1933*. Hg. und eingeleitet von Hermann WEBER, Köln 1979.

rechtlichen Besitztiteln zu entwirren. Die enormen Schwierigkeiten eines solchen Unterfangens erläutert Schüren am Beispiel der langwierigen Vergleichsverhandlungen des Freistaats Preußen mit dem Haus Hohenzollern, bei denen die größten Vermögenswerte auf dem Spiel standen. Während das Kronvermögen zweifelsfrei an den Staat fiel und das Allodialvermögen rein privaten Charakter trug, blieb die Zuordnung der Masse des Haus- und Fideikommißvermögens umstritten. Da die angerufenen Gerichte ausnahmslos zugunsten der Hohenzollern entschieden, stimmte die preußische Regierung unter dem Sozialdemokraten Otto Braun im Oktober 1925 einem für das ehemalige Kaiserhaus überaus vorteilhaften Vergleichsentwurf zu. Diese Lösung erregte jedoch das Mißfallen der SPD-Fraktionen in Preußen und im Reich, die verlangten, daß die Frage »nach politischen Gesichtspunkten vom Standpunkt der Republik« aus behandelt werden müsse (S. 48). Auch die bürgerlichen Mittelparteien des Reichstags, die das Kabinett Luther stützten, wollten der befürchteten Prozeßlawine durch eine Rahmenermächtigung für den Erlaß von Ländergesetzen zuvorkommen. Eine entsprechende Initiative der DDP beantwortete die KPD am 25. November 1925 mit einem Gesetzentwurf zur entschädigungslosen Enteignung der ehemaligen Landesherren. Zugleich startete sie unter der Parole *Keinen Pfennig den Fürsten* eine Volksentscheid-Kampagne, die den Kurswechsel zur *Einheitsfrontpolitik* dokumentieren und ein Vordringen in sozialdemokratische und bürgerliche Wählerschichten ermöglichen sollte.

Solange Aussichten auf die Bildung einer Großen Koalition im Reich bestanden, favorisierte die SPD-Führung eine parlamentarische Regelung. Erst als Reichstagsfraktion und Parteivorstand mehrheitlich eine Regierungsbeteiligung ablehnten, konnten sich die Befürworter eines Volksentscheids durchsetzen. SPD und Freie Gewerkschaften gingen aber, wie Schüren im Gegensatz zur DDR-Literatur herausstellt, nur ein »widerwilliges Zwangsbündnis ohne wirkliche politische Schlagkraft« mit der KPD ein (S. 86), deren langfristige Zielsetzung sie strikt ablehnten. Immerhin unterzogen KPD und SPD das in der Weimarer Verfassung verankerte Instrument der *Volksgesetzgebung* nun aber gemeinsam einer ersten reichsweiten Bewährungsprobe. Dabei trat die Ambivalenz, die den Elementen der direkten Demokratie innewohnt, deutlich zutage. Während die Sozialdemokraten eine systemkonforme Kontrolle und Korrektur der parlamentarischen Arbeit erstrebten, vertrauten die Kommunisten auf die antiparlamentarische Stoßkraft einer Massenbewegung und nutzten den Volksentscheid zur Agitation gegen den Staat.

Um strenge Sachlichkeit bemüht und sprachlich gewandt zeichnet Schüren den Weg über das Volksbegehren (4.–17. 3. 1926) zum Volksentscheid vom 20. 6. 1926 nach und analysiert Argumente, Taktik und Ziele von Befürwortern und Gegnern der Fürstenenteignung. Er stützt sich dabei auf umfangreiches Aktenmaterial – leider blieben ihm die DDR-Archive verschlossen –, zahlreiche Nachlässe (u. a. Otto Braun, Erich Koch-Weser und Kuno Graf Westarp), sowie ein breites Spektrum zeitgenössischer Publizistik und Flugschriftenliteratur. Die parallel laufenden Kompromißbemühungen des Reichstags, die jedoch nicht über ein den status quo befristet sicherndes *Sperrgesetz* hinausführten, verfolgt er in erster Linie anhand der Sitzungsprotokolle des Rechtsausschusses.

Der Abstimmungskampf geriet rasch zu einem emotionsgeladenen Prinzipienstreit. Die Antragsteller fochten je nach Standort für die klassenlose Gesellschaft oder die Festigung der demokratischen Grundlagen der Republik. Ihnen gegenüber formierte sich erst allmählich eine Allianz der politischen Rechten, des Adels, der Industrie (die Schwerindustrie übte allerdings wegen eines Streits mit der DNVP Zurückhaltung) und der Kirchen. Man beschwor die Unantastbarkeit des Privatvermögens, schürte Kollektivierungsängste und warnte vor einer Verletzung des christlichen Sittengesetzes. Eine Sonderrolle spielten die Völkischen und die Nationalsozialisten, die ihre Agitation gegen das *Judenbegehren* mit einem eigenen Antrag auf *Enteignung der Bank- und Börsenfürsten* verbanden. Die Regierungsparteien deklarierten den KPD/SPD-Entwurf im Einvernehmen mit Reichspräsident Hindenburg als verfassungsändernd und nahmen dem Volksentscheid damit praktisch jede Erfolgsaussicht, mußte doch jetzt die Mehrheit der Stimmberechtigten (d. h. ca. 20 Mio.) erobert werden. In Zentrum und DDP regte sich jedoch Widerstand gegen den Kurs der Führung, und die Resultate von Volksbegehren (ca. 12,5 Mio. Einzeichnungen) und Volksentscheid (ca. 14,5 Mio. Ja-Stimmen) offenbarten, daß ein beträchtlicher Teil ihrer traditionellen Wählerschaft der Enteignungsparole gefolgt war. Die in Frageform gekleidete These Schürens, daß sich hier eine »Erosion der Weimarer Parteienlandschaft« abzeichne (S. 18), hätte besser überprüft werden können, wenn die Abstimmungsergebnisse nicht nur mit den Reichstagswahlen von Ende 1924, sondern auch mit denjenigen von 1928 und 1930 verglichen worden wären. Es scheint aber zumindest, als habe sich in den Mittelschichten, die unter den Inflationsfolgen und der Stabilisierungskrise von 1925/26 besonders litten, schon zu dieser Zeit ein für radikale Losungen anfälliges Potential von Protestwählern herausgebildet.

Der Volksentscheid von 1926 zeigte Möglichkeiten, Grenzen und Gefahren der direkten Demokratie in der Weimarer Republik auf.¹ Schüren konstatiert einen »Erfolg im Scheitern«: Das unerwartet gute Abschneiden der Antragsteller stärkte den Kompromißwillen und ermöglichte im Oktober 1926 einen endgültigen, die Interessen Preußens besser berücksichtigenden Vergleich mit dem Haus Hohenzollern. (Ein knapper Anhang informiert über die Auseinandersetzungen in den anderen Ländern. Bemerkenswert ist hier die Großzügigkeit, mit der Bayern schon im März 1923 den Wittelsbachern entgegenkam). Ob die Sozialdemokraten aber klug handelten, als sie sich mit den Feinden der Republik zu einer in der Tat »fragwürdigen Aktionseinheit« zusammenfanden, ist füglich zu bezweifeln. Der 1918/19 ausgebliebene grundlegende Wandel der gesellschaftlichen Strukturen konnte nicht nachträglich per Volksentscheid herbeigeführt werden. In der Stabilisierungsphase hätte das Gebot der Stunde lauten müssen, die parlamentarischen Institutionen zu stärken und die Integra-

¹ Siehe hierzu: Reinhard SCHIFFERS, *Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem*, Düsseldorf 1971; Reinhard SCHIFFERS, *Referendum und Volksinitiative in der Weimarer Republik. Zum Problem der Aufnahme und Umwandlung von Verfassungseinrichtungen der westlichen Demokratien in Deutschland*, in: *FRANCIA* 1 (1973) S. 653–691.

tionskraft der Republik zu erhöhen. Stattdessen gab die SPD den nationalistischen Kräften ein Beispiel, die das Instrument des Volksentscheids schon bald danach in den Dienst ihrer hemmungslosen Propaganda stellen sollten. Diese Überlegungen schmälern aber nicht das Verdienst des Verfassers, dem es gelungen ist, unsere Kenntnisse vom innenpolitischen Spiel der Kräfte während der sogenannten »goldenen Jahre« der Weimarer Republik wesentlich zu bereichern.

Jürgen HEIDEKING, Tübingen

Klaus SCHAAP, Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928–1932, Düsseldorf (Droste) 1978, 313 p. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 61).

Cette »Dissertation« est sans nul doute un des meilleurs exemples de ces monographies régionales sur la fin du régime de Weimar, qui se multiplient depuis une dizaine d'années.

Le petit Etat d'Oldenburg est le premier *Land* qui ait connu, dès juin 1932, un gouvernement national-socialiste homogène. Cas d'autant plus intéressant que ce gouvernement, étroitement soumis aux ordres de Munich, a eu le temps de mettre en place une ébauche de structure totalitaire et d'user de méthodes qui provoquèrent une nette réaction populaire. Le 8 novembre 1932, la NSDAP, déjà étrillée au niveau du Reich, perdit en Oldenburg 21,3% de ses électeurs, si bien que le gouvernement local ne dut, de toute évidence, son salut qu'aux événements du 30 janvier 1933 . . .

Klaus Schaap s'est montré à la hauteur d'un sujet aussi émoustillant . . . Il situe les causes des succès initiaux de la NSDAP dans les menaces pesant sur l'autonomie du petit Etat, dans la faillite du régime des partis (éclatante sur le plan local dès 1923), enfin et surtout dans une structure sociale qui représentait »un cas extrême dans le Reich«, avec un très fort pourcentage de classes moyennes traditionnelles et en particulier de paysans protestants – le sud du Pays d'Oldenburg, ou Münsterland, fournissant par ailleurs un très intéressant contretype catholique . . . Il montre comment la crise agricole et le mouvement du *Landvolk* ont préparé le terrain à l'expansion du nazisme et analyse avec un bonheur qui rappelle souvent E. Sh. Allen (»Une petite ville nazie«), les mécanismes de l'ascension du parti, depuis la réorganisation du *Gau* Weser–Ems en fonction du découpage électoral jusqu'à la prise en charge de la »soupe populaire«, en passant par le déchaînement d'une propagande omniprésente et remarquablement bien adaptée aux conceptions unanimistes des classes moyennes traditionnelles en Allemagne (résonance du concept de *Volksgemeinschaft*).

Les analyses électorales, particulièrement fines et claires, font ressortir le rôle local de la DNVP, d'abord complice puis à deux doigts de passer à l'opposition; elles montrent aussi le rôle de bastion antinazi joué par la classe ouvrière mais aussi par la clientèle du *Zentrum*, particulièrement actif et lucide dans cette région . . . Pas de découverte (spectaculaire, cela va de soi, mais de nombreux